

24

81

Union in Deutschland

Bonn, den 20. August 1981

SPD zerstört das Vertrauen zu den USA

Helmut Kohl hat Bundeskanzler Helmut Schmidt und den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt aufgefordert, der von Teilen der SPD bewußt oder unbewußt betriebenen Demontage der Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland Einhalt zu gebieten.

„Helmut Schmidt und Willy Brandt müssen diesem Treiben schleunigst Einhalt gebieten, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, sie begünstigen die Entfremdung der Bundesrepublik Deutschland von den Vereinigten Staaten.“

Vor dem Präsidium der CDU erklärte Helmut Kohl am 17. August 1981 in Bonn, nicht nur die Jungsozialisten seien dabei, mit ihrem Antiamerikanismus das in langen Jahren aufgebaute Vertrauensverhältnis zu den Vereinigten Staaten zu zerstören. Vielmehr seien es gerade die Äußerungen ernstzunehmender SPD-Politiker wie Bahr, Wischniewski und Glotz, die zu großer Sorge Anlaß gäben und bereits zu einem Verlust an Vertrauen für die Bundesrepublik Deutschland bei unseren Verbündeten geführt hätten.

Die Bereitschaft, der Sowjetunion Verständnis entgegenzubringen, ja sowjetische Sprachregelungen zu übernehmen, gehe einher mit offener oder

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ SPD- RUNDSCHREIBEN

Herbert Wehner hat wissentlich die Unwahrheit gesagt / Erklärung von Heiner Geißler und Äußerungen der CDU-Führung zum Thema Abrüstung Seite 5

■ GESUNDHEIT

Zweifel an Ehrenbergs Paket Seite 7

■ ENERGIE

Investitionshemmnisse müssen beseitigt werden Seite 8

■ KOALITION

SPD-Politik zu Lasten der Arbeitnehmer Seite 9

■ ABRÜSTUNG

Union unterstützt deutsche Initiative in Genf Seite 11

■ VERKEHR

Reform der Flensburger Kartell ist längst überfällig Seite 13

■ MITTELSTAND

Will die Regierung auf den Rat der Wirtschaft verzichten? Seite 14

■ EUROPA

Nationale Steuereinnahmen werden nicht beansprucht Seite 15

■ DOKUMENTATION

Finanzkrise des Staates — Vertrauenskrise der SPD grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

kaum verhüllter Feindseligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten und ihrem Präsidenten. Diese Äußerungen seien ein Beleg für das wirkliche Ziel dieser Attacken. Wesentliche Teile der SPD strebten eine inhaltliche Änderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an.

Welche Gefahr dem westlichen Bündnis und damit der Bundesrepublik Deutschland drohe und was die wirklichen Ziele der Sowjetunion seien, zeige die jüngste Aufforderung der amtlichen Nachrichtenagentur TASS an die westeuropäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten, separate Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion zu führen. Das Mißtrauen zwischen den westeuropäischen Staaten und den USA solle geschürt und damit das Bündnis geschwächt werden. Gerade dieser Vorstoß zeige, wie notwendig eine Politik des Gleichgewichts ist. Denn nur auf dieser Basis und gemeinsam mit den USA seien wirkliche und erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen möglich. Nur so könne der Frieden in Freiheit gesichert werden.

Helmut Kohl erklärte weiter, die Vorschläge von Bundesaußenminister Genscher zur Belebung der politischen Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft und einer stärkeren Koordinierung auch der europäischen Sicherheitspolitik seien gerade in der gegenwärtigen Situation geeignet, die Diskussion zu versachlichen und die europäische Einigung voranzubringen. Die Bundesregierung sei aufgefordert, diese Vorstellungen des Bundesaußenministers in praktische Politik umzusetzen.

Der Parteivorsitzende kritisierte die Unfähigkeit der Bundesregierung, angesichts der selbstverschuldeten Finanzmisere die dringend erforderlichen Sa-

nerungsmaßnahmen einzuleiten. Statt ständig neue Überlegungen anzustellen, wie das Versagen der SPD/FDP-Koalition durch zusätzliche Steuerzahlungen der Bürger ausgeglichen werden könnte, sollten die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien endlich den Mut aufbringen, von den Reformillusionen Abschied zu nehmen. „Es ist an der Zeit, unseren Mitbürgern offen zu sagen, daß wir über unsere Verhältnisse leben. Vieles von dem, was gestern von SPD und FDP versprochen wurde, kann heute nicht mehr gehalten werden. Daraus ergibt sich, daß nur über Einsparungen, nicht aber über neue Steuererhöhungen der Bundeshaushalt ausgeglichen werden kann“, erklärte Helmut Kohl. Er betonte die Bereitschaft der CDU, an ernstgemeinten Sparmaßnahmen mitzuwirken. Trotz der Aussage des Kanzlers, er brauche die Opposition nicht, werde die CDU ihre Aufgabe gegenüber den Bürgern und damit dem Staat erfüllen.

Zentrale Beratungsstelle gefordert

Die Bundesregierung soll eine zentrale Beratungsstelle für den innerdeutschen Reise- und Postverkehr einrichten. Das sieht ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion vor. Die Beratungsstelle soll durch Organisationsänderung im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen geschaffen werden und Bürger „in allen Fragen des Reise- und Postverkehrs mit der DDR“ beraten und zugleich Informationen und Beschwerden sammeln, die von betroffenen Bürgern und Dienststellen mitgeteilt werden. Die Bevölkerung soll aufgerufen werden, „dieser Beratungsstelle alle Behinderungen im Reise- und Postverkehr bekannt zu machen.“

■ INFORMATION

Staatliche Preistreiberei des Postministers

Zu den Rechtfertigungsversuchen des Bundespostministers für seine drastische Gebührenerhöhung erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion MdB Dieter Schulte: An der drastischen Postgebührenerhöhung sind neben der Kostensteigerung in erster Linie die Milliardenbeträge schuld, die die Deutsche Bundespost zusätzlich zur Defizitabdeckung an den Bundeshaushalt abzuliefern hat. Der Bürger soll via Postgebühren in den staatlichen Umverteilungsprozeß einbezogen werden. Fragen des Kostendeckungsprinzips oder einer ausgewogenen Gebührenpolitik spielen offensichtlich beim Bundesminister keine Rolle mehr. Dies macht besonders die angekündigte Gebührenerhöhung im Briefdienst deutlich. Hier werden die Gebühren nicht nur erhöht, um die Kostenunterdeckung zu beseitigen (536 Millionen DM), sondern gleich um den dreifachen Betrag (1,8 Milliarden DM) aufgeschlagen. Dies ist nach der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Bahntarife eine weitere staatliche Preistreiberei. Die künftig beabsichtigte jährliche Erhöhung der Postgebühren macht die Preistreiberei auch noch dynamisch.

Höchste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten

Die neuen Arbeitsmarktdaten sind das offenkundige Ergebnis eines Totalzusammenbruchs der Beschäftigungs-

und Arbeitsmarktpolitik der SPD/FDP-Koalition. Die Arbeitslosigkeit hat für Juli den Höchststand seit Jahrzehnten erreicht und liegt noch um ein Fünftel über dem bisherigen Rekordstand vom Juli 1975. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit wird 1981 aller Voraussicht nach bei über 1,2 Millionen liegen und damit auch den Bundeshaushalt 1981 finanziell über die ohnehin sehr hohen Ansätze hinaus durch Mehraufwendungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe belasten. Die geplante Reduzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und ihre Regionalisierung auf Räume mit extrem hoher Arbeitslosigkeit lassen befürchten, daß die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit im Jahre 1982 sogar noch die Rekordmarke von 1,35 Millionen Arbeitslosen übersteigen kann, von der die Bundesregierung zur Zeit ausgeht.

Alarmierender Anstieg der Kriminalität

Die Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland haben in einem bisher unbekanntem Ausmaß zugenommen. Nach der Kriminalstatistik 1980 sind die Straftaten auf rund 3,9 Millionen Fälle um acht Prozent gestiegen. Eine derartige Steigerung hat es in den letzten 20 Jahren nur einmal gegeben. Beängstigend ist die Entwicklung bei den Rohheitsdelikten und den Straftaten gegen die persönliche Freiheit (+ 13,4 Prozent), bei schwerem Diebstahl (+ 8,4 Prozent), bei schwerem Hausfriedensbruch (+ 20,4 Prozent), den Rauschgiftdelikten (+ 21,3 Prozent), den Verstößen gegen das Waffengesetz (+ 49 Prozent) und den Umweltschutzdelikten (+ 17,5 Prozent). Unglaublich ist die Steigerungsrate bei den Schwangerschaftsabbrüchen (+ 96,7 Prozent),

Die CDU/CSU wird Minister Baum nicht aus der Pflicht entlassen, zu dieser erschreckenden Entwicklung Stellung zu nehmen.

Pauschale heraufsetzen

Gegen die von den Mineralölgesellschaften erneut erfolgte Anhebung des Benzinpreises wandte sich der Bundestagsabgeordnete Dionys Jobst, Mitglied des Verkehrsausschusses mit folgenden Anfragen an die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung die erneute Benzinpreiserhöhung durch die Mineralölgesellschaften für berechtigt?
2. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die durch die ständigen Benzinpreiserhöhungen für die Bürger, die auf die Benutzung des Autos angewiesen sind, unzumutbar gewordenen Kosten zu senken, und wird sie eine Erhöhung der Kilometer-Pauschale jetzt in die Wege leiten?

Ergänzend dazu erklärt MdB Jobst: Bundesverkehrsminister Hauff hat jüngst eine von ihm in Auftrag gegebene Untersuchung über das mutmaßliche Verhalten der Verkehrsteilnehmer bei steigenden Kraftstoffpreisen veröffentlicht. Danach sollen die Autofahrer erst bei einem Preis von 3,60 DM für den Liter Benzin das Autofahren einschränken. Der Bundesverkehrsminister hat mit dieser Veröffentlichung eine Marke für Benzinpreiserhöhungen gesetzt, die die Herren über Erdöl und Erdölprodukte jetzt offenbar nach und nach ansteuern. Die hohen Autokosten sind für die Arbeitnehmer nicht mehr zumutbar, zumal diese vom Nettolohn bezahlt werden müssen. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, sofort zu handeln und die steuerliche Kilometerpauschale umgehend zu erhöhen.

Bundestag weist Kritik an Diätenüberlegungen zurück

Der Bundestag hat die Kritik daran, daß von seinem Präsidenten derzeit die Angemessenheit der Abgeordnetendiäten überprüft wird, zurückgewiesen. Die Pressestelle des Bundestages betonte, Richard Stücklen sei gesetzlich verpflichtet, einen solchen Bericht anzufertigen. Dies stehe nicht in seinem Ermessen. Auch der Zeitpunkt sei gesetzlich festgelegt. Es wurde angekündigt, daß Stücklen seinen Bericht Anfang September dem Ältestenrat des Parlaments zur Beratung zuleiten und den Abgeordneten zur Kenntnis bringen werde. Die Pressestelle stellte richtig, daß Stücklen sich letzte Woche nicht für eine Erhöhung der Diäten ausgesprochen habe, sondern lediglich auf seine in Paragraph 30 des Abgeordnetengesetzes festgelegte Verpflichtung hinwies, einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung der Bundestagsabgeordneten zu erstatten.

Hamburger CDU schlägt vor: Klassenreisen in die DDR

Oppositionsführer Hartmut Perschau hat an die Leiter der Hamburger Schulen appelliert, bei Klassenreisen auch Fahrten in die DDR einzuplanen. Perschau: „Die Städte und Landschaften im anderen Teil Deutschlands sind besonders der jüngeren Generation völlig fremd.“ Dabei gebe es dort viel mehr zu entdecken als an den üblichen Zielorten von Klassenreisen. „Die Begegnung mit Menschen etwa, die die gleiche Sprache sprechen wie wir, aber unter ganz anderen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen leben.“

■ SPD-RUNDSCHREIBEN

Herbert Wehner hat wissentlich die Unwahrheit gesagt

Zu dem Brief des Bundesgeschäftsführers Glotz und den Behauptungen Herbert Wehners erklärt Generalsekretär Heiner Geißler: Es gibt für mich keinen Grund, den Vorwurf zurückzunehmen, Herbert Wehner habe in seinem Rundschreiben vom 3. August 1981 wissentlich die Unwahrheit behauptet, d. h. gelogen.

Als Wehner diesen Brief schrieb, lag ihm die gedruckte Argumentationshilfe „Zum Thema: Frieden und Freiheit, Die Argumente der CDU zur aktuellen Friedensdiskussion“, die Mitte Juni veröffentlicht wurde, vor. In dieser Broschüre, die den Beschluß des Bundesparteiausschusses, des höchsten Gremiums der CDU zwischen den Parteitage, vom 5. Juni 1981 enthält, bekennt sich die CDU „vorbehaltlos zu einer konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung dieses Beschlusses in beiden Teilen“. Weiterhin wird in dieser Argumentationshilfe mehrfach die Notwendigkeit der Verhandlungen umrissen.

Wenn Herbert Wehner, in Kenntnis dieser Tatsache, dennoch die unglaubliche Behauptung aufstellt, die CDU hätte den einen Teil des Doppelbeschlusses, nämlich Verhandlungen mit der Sowjetunion über die eurostrategischen Waffen aufzunehmen, aufgegeben, dann muß er sich eben den Vorwurf gefallen lassen, wissentlich die Unwahrheit zu sagen oder kürzer ausgedrückt, zu lügen.

Der Hinweis der SPD-Bundestagsfraktion auf verschiedene Ausgaben der Zum-Thema-Broschüre „Frieden und Freiheit“ ist sattsam bekannte böswärtige Wehner-Rabulistik. Natürlich kann in der ersten Ausgabe dieser Broschüre der Beschluß des Bundesausschusses der CDU vom 5. Juni 1981 in Berlin „Für Frieden und Freiheit“ nicht enthalten sein. Diese erste Fassung war schließlich zur Vorbereitung der Beschlußfassung erstellt worden. Erst nach Beschlußfassung ist dann die 2. Auflage erfolgt, die den Beschlußtext enthält. Aber auch die erste Auflage der Broschüre enthält eindeutige Aussagen zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses. So heißt es im dritten Absatz:

„Am 12. Dezember 1979 hat die NATO ihren sogenannten Doppelbeschluß gefaßt. Durch konkrete Maßnahmen soll der zunehmenden sowjetischen Bedrohung in Europa entgegengetreten werden. Das bedeutet, Moskau wurden Verhandlungen zum Abbau der gegenseitigen Vernichtungspotentiale angeboten. Für den Fall, daß diese Verhandlungen jedoch an dem Beharren der Sowjetunion auf einer einseitigen Überlegenheit im Bereich nuklearer Waffen mittlerer Reichweite scheitern sollten, wird die NATO ihrerseits mit der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa beginnen. Diese Stationierung würde 1983 anlaufen.“

Dennoch behauptet Wehner in seinem Brief: „Nicht einmal das Wort ‚Verhandlungen‘ kommt dort noch vor.“

Daß Wehner die Unwahrheit gesagt hat, ist darüber hinaus offensichtlich, wenn man unabhängig von den beiden Auflagen der Broschüre die politischen Äußerungen der CDU zu den Fragen Abrüstung und Doppelbeschluß zur Kenntnis nimmt. Aber Wehner gehört in seinem Verhältnis zur Opposition, was seit langem bekannt ist, zu der Sorte von Leuten, für die eben „nicht sein kann, was nicht sein darf“ (Christian Morgenstern, Galgenlieder S. 163). Wehner-Sätze haben kurze Beine.

Nachfolgend werden noch einmal eine Reihe von verbindlichen Äußerungen der CDU-Führung zum Thema Abrüstung und Nachrüstung wiedergegeben.

Basis der Sicherheitspolitik der CDU ist ihr Grundsatzprogramm, in dem es heißt:

„Wir sind für Gewaltverzicht und streben Abrüstungsvereinbarungen an, die ein ausgewogenes und kontrolliertes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen schaffen.“

Von daher ist es eine Selbstverständlichkeit, daß in Publikationen und Äußerungen von Repräsentanten der CDU immer wieder auf beide Teile des Doppelbeschlusses verwiesen wird.

Alois Mertes; Quelle: „Im Gespräch“ 2/81

„Beide Teile des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, der eine eurostrategische Nachrüstung des Bündnisses mit einem Angebot an den Osten zu Verhandlungen über eurostrategische Rüstungsbegrenzung verbindet, sind nach wie vor wesentlich.

Weder hat der zweite Teil des Doppelbeschlusses, das Verhandlungsangebot an den Osten, die nachgeordnete Auf-

gabe, die fällige Modernisierung innenpolitisch schmackhaft zu machen. Noch ist er den Erfordernissen der Sicherheit übergeordnet. Vielmehr dient er dem friedens- und sicherheitspolitischen Ziel einer ausgewogenen und überprüfbaren Begrenzung der beiderseitigen Militärpotentiale auf ein möglichst niedriges Niveau, das gleichzeitig den vitalen Sicherheitsinteressen beider Seiten Rechnung trägt.“

Dr. Manfred Wörner; Quelle: Deutschland Union Dienst, 16. Juni 1981

„Der NATO-Doppelbeschluß, der Verhandlungen und Nachrüstung — nicht Aufrüstung! — vorsieht, ist von existentieller Bedeutung für uns.“

Dr. Helmut Kohl; Quelle: CDU/CSU Pressedienst, 24. Juli 1981

„Die CDU fordert Bundeskanzler Schmidt und den SPD-Vorsitzenden Brandt auf, jetzt in aller Öffentlichkeit und Dringlichkeit auch einmal auf die Sowjetunion einzuwirken, sich nicht nur an den Verhandlungstisch zu setzen, sondern auch zu echten und beiderseitig ausgewogenen Verhandlungsergebnissen bereit zu sein.“

Dr. Alois Mertes; Quelle: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“, 9. August 1981

„Der NATO-Doppelbeschluß, dessen beide Teile wir als politisch notwendig erachten, ist eine Maßnahme der Friedenssicherung auf der Basis der Strategie der Abschreckung.“

Dr. Helmut Kohl; Quelle: CDU/CSU Pressedienst, 15. Juli 1981

„Die CDU/CSU unterstützt ohne Abstriche den NATO-Beschluß in beiden Teilen. Dennoch ist die SPD dazu übergegangen, eine breite Verleumdungskam-

Zweifel an Ehrenbergs „Gesundheitspaket“

Zu Ankündigungen des Bundesarbeitsministers Ehrenberg über Kostendämpfungsmaßnahmen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung gibt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke, folgende Stellungnahme ab:

1. Soweit die ersten Angaben des Bundesarbeitsministers schon eine Beurteilung zulassen, handelt es sich um ein Gesamtpaket, das teilweise vernünftige Maßnahmen enthält, aber auch Eingriffe befürchten läßt, daß es der Regierungskoalition mehr um ideologisch begründete Absichten der Systemveränderung im Gesundheitswesen als um Maßnahmen der Kostendämpfung geht.
2. Als sinnvoll erscheint u. a., daß pro Quartal wieder wie früher nur ein Krankenschein ausgestellt werden soll, weil diese Maßnahme unnötige Inanspruchnahme einer Mehrzahl von Ärzten eindämmt und damit ein geeignetes Instrument der Kostendämpfung sein könnte.
3. Wenn aber bei einem Jahresausgabevolumen der gesetzlichen Krankenversicherung von 86 Milliarden DM Ersparnisse in einer Größenordnung von nur etwa einer Milliarde DM erzielt werden sollen, so fragt man sich, ob vor allem die gegenüber den Vertragspartnern der Krankenkassen erhofften Einsparungen in einem vernünftigen Verhältnis zu den Eingriffen in die Vertragsfreiheit stehen.
4. Aus den bisherigen Verlautbarungen geht nicht hervor, ob Überleistungstatbestände bei Krankengeldbezug in Verbindung mit Lohnsteuerrückzahlungen eingedämmt werden sollen. Hier ließen sich im Interesse der Beitragszahler erhebliche Beträge sparen.

pagne gegen die CDU/CSU zu starten. Nachdem die SPD bereits in den Wahlen des vergangenen Jahres die Kriegstoten des 2. Weltkrieges in schamloser Weise für eine Verleumdungskampagne gegen die CDU/CSU mißbraucht hat, erleben wir jetzt eine Fortsetzung dieser Art politischer Verleumdung. Jetzt werden CDU/CSU von der SPD als „Raketen- und Aufrüstungspartei“ verleumdet, während Herr Brandt sich als die neue Hoffnung für die sogenannte Friedensbewegung feiern läßt, deren

einziges Ziel es ist, den NATO-Beschluß und damit die offizielle Regierungspolitik endgültig zum Scheitern zu bringen. Herr Schmidt und Herr Genscher schweigen dazu. Sie scheuen sich, die eigentlichen Gegner der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland beim Namen zu nennen. Sie lassen die Verleumdungskampagne gegen die politischen Kräfte zu, die um des Friedens und der Freiheit unseres Landes willen für ein Kräftegleichgewicht in Europa eintreten.“

■ ENERGIE

Investitionshemmnisse müssen beseitigt werden

Die Regierungskoalition reagiert auf die steigenden Arbeitslosenzahlen mit verstärkten Forderungen nach Konjunkturprogrammen. Diese sollen finanziert werden, indem gleichzeitig Steuern erhöht und damit Kaufkraft abgeschöpft würde.

Der Erfolg solcher Programme insgesamt ist zumindest zweifelhaft, stellen Alfred Dregger und Heinz Riesenhuber in Bonn fest. Gleichzeitig ist unwiderlegt, daß insbesondere im Energiebereich Investitionen staatlich gehemmt sind, die insgesamt ein Vielfaches des diskutierten Konjunkturprogramms ausmachen würden und weit über 100 000 Arbeitsplätze bedeuten.

Dringlicher und wirksamer als alle Spekulationen zu neuen Steuern und Abgaben und zu neuen staatlichen Programmen ist die Beseitigung dieser Hemmnisse. Die Staatskasse wird dadurch nicht belastet.

Aus den Regierungsparteien wird argumentiert, diese Hemmnisse seien tatsächlich nicht vorhanden; der Bau etwa von Kohlekraftwerken sei derzeit nicht durch Gerichte gestoppt.

Das Kohlekraftwerk Voerde wird nur unter Gewährung staatlicher Bürgschaften des Landes Nordrhein-Westfalen gegen das Risiko eines Betriebsverbotes weitergebaut.

Dies muß jeden Unternehmer entmutigen, der ein Kohlekraftwerk plant. In der letzten Periode war der Entwurf zu einem neuen Bundesimmissionsschutzgesetz schon am Urteil der Sachverständigen gescheitert; die Bundesregierung hat klarzulegen, wie sie bei voller Wahrung des Schutzes von Gesundheit und Umwelt ausreichende Rechtssicherheit für den Bau von Kohlekraftwerken schaffen will.

Der Bundeskanzler sagte in der Regierungserklärung, der Ausbau von Kohleveredelungsanlagen werde erhebliche Anstrengungen erfordern, um die Umweltprobleme unter Kontrolle zu bringen. Bis heute ist nicht zu erkennen, was die Bundesregierung hierfür tun will.

Der Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke angekündigt.

Die Sitzung des Nuklearrates, der hierüber beraten sollte, ist von Monat zu Monat verschoben und bis heute nicht durchgeführt worden. Das Konzept der Bundesregierung ist überfällig.

Die fortgeschrittenen Reaktoren in Schmehausen und Kalkar sind in ihrem Weiterbau bedroht; die geforderte hohe Beteiligung der Elektro-Versorgungsunternehmen am schnellen Brüter scheitert an einem Genehmigungsvorbehalt des Parlaments, der rechtlich unzulässig ist. Der Bundeskanzler hat in nämentlicher Abstimmung am 26. Mai 1981 abgelehnt, diesen Genehmigungsvorbehalt aufzuheben.

Damit ist klar: „Die Investitionshemmnisse sitzen auf der Regierungsbank.“

■ KOALITION

SPD-Politik zu Lasten der Arbeitnehmer

Der Bonner SPD/FDP-Regierung steht das Wasser bis zum Hals. Die Staatsverschuldung wird am Ende dieses Jahres die astronomische Höhe von 515 Milliarden DM erreicht haben.

Damit ist — so MdB Adolf Müller — nach unserer Verfassung die Grenze des Zulässigen erreicht. Jetzt ist die Bundesregierung gezwungen, Ausgaben zu kürzen und Leistungen zu streichen.

Sieht man sich die bekanntgewordenen Kürzungsvorschläge und -konzepte der Regierung an, kann man sich nur verduzt die Augen reiben: Die selbsternannte Arbeitnehmerpartei SPD, die vor zehn Jahren so tat, als beginne mit ihrer Regierungsverantwortung das soziale Zeitalter, entdeckt jetzt jeden Tag im Sozialbereich neuen Mißbrauch.

Was früher von der SPD als Gebot sozialer Gerechtigkeit gefordert, als Verwirklichung von Chancengleichheit gepriesen und millionenfach in Hochglanzbroschüren als SPD-Leistung verkauft wurde, wird heute von den gleichen Leuten als Wildwuchs diffamiert.

Da muß man doch an die SPD-geführte Regierung die Frage stellen: Wer hat denn eigentlich die angeblichen Mißbrauchsmöglichkeiten geschaffen? Wenn es Mißbrauch gibt — warum hat die SPD/FDP-Regierung den Mißbrauch so lange laufen lassen?

Die Regierung sucht jetzt die Schuld für die verfahrenere Lage überall — nur nicht bei sich selbst!

Die Arbeitnehmer sollen natürlich nicht erkennen, daß die SPD/FDP-Regierung in der Sozialpolitik vor dem Offenbarungseid steht und in wichtigen gesellschaftspolitischen Bereichen versagt hat.

Die Arbeitnehmer lassen sich aber nicht länger täuschen und haben in den letzten Wochen am eigenen Leibe erfahren müssen, wie sie in vielen Bereichen von der Regierung zur Kasse gebeten werden, und daß sie in erster Linie die Zeche für die verfehlte SPD/FDP-Politik zahlen mußten und weiter werden zahlen müssen:

— Zum 1. April 1981 hat die Bundesregierung die Mineralölsteuer drastisch erhöht. Millionen von Arbeitnehmern, die mit ihrem Pkw zur Arbeit fahren, sind die Leidtragenden.

— In der Vermögenspolitik hat die SPD/FDP-Regierung der Arbeitnehmerschaft zehn Jahre lang nur leere Versprechungen gemacht. Anfang Mai hat die Bundesregierung mit dem Subventionsabbaugesetz die Vermögensbildung sogar noch weiter demontiert.

— Noch nie war die Steuer- und Beitragsbelastung so hoch wie heute. Die SPD/FDP greift den Arbeitnehmern tiefer in die Tasche als jede Regierung vorher. Von 100 DM Lohnerhöhung blieben 1980 nur 38,11 DM übrig.

— Obwohl die Arbeitnehmer sich mit Lohnerhöhungen um 5 Prozent bescheiden mußten, läßt das Bundesunternehmen „Deutsche Bundesbahn“ die Arbeitnehmer kräftig zur Ader. Zum 1. Januar um 7,9 Prozent und zum 1. Juli kamen nochmals 6,4 % Preiserhöhung dazu.

— In der Arbeitsmarktpolitik hat die Bundesregierung nur eine klägliche Bilanz vorzuzeigen. Schon seit jetzt sieben Jahren bezahlten jedes Jahr rund eine Million Arbeitnehmer die Politik

der Bundesregierung mit Arbeitslosigkeit, und ein Ende ist nicht abzusehen. Im Gegenteil: Man muß leider davon ausgehen, daß in den nächsten Jahren noch mehr Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen sein werden.

— In der Rentenpolitik ist die Bundesregierung so zuverlässig wie die Wetterfahne. Von dem, was sie Beitragszahlern vor der Wahl versprochen hat, will sie jetzt nichts mehr wissen: Höhe der Teilhaberrente, Bruttolohnbezogenheit, Anrechnung von Kindererziehungszeiten — alles ist wieder offen.

— Diese Fakten und Tatsachen zeigen, daß die Politik der SPD alles andere als arbeitnehmerfreundlich ist, denn die Arbeitnehmer werden in erster Linie zur Ader gelassen. Auch das Kürzungspaket, das die Bundesregierung jetzt erarbeitet, wird an den Arbeitnehmern nicht spurlos vorübergehen. Viele der Maßnahmen, die jetzt von SPD und FDP ins Spiel gebracht werden, treffen gerade den kleinen Mann.

Natürlich muß auch in der Sozialpolitik gespart werden. Wenn Opfer gebracht und Leistungen überprüft werden müssen, dann in allen Bereichen. Ausufernde Subventionen dürfen kein unantastbarer Besitzstand sein. Die Finanzkrise des Staates darf nicht kurzerhand auf eine Krise des Sozialstaates reduziert werden. Das wäre eine unzulässige Verkürzung des Problems. Bei ihrem Machtantritt 1969 verkündete die SPD großspurig den Aufbruch zu neuen Ufern — in Wirklichkeit demontiert sie heute scheinbarweise das soziale Netz! Es ist höchste Zeit, daß die Arbeitnehmer der SPD für diese Politik die Quittung geben!

Das stand im „Vorwärts“

Wir haben einen neuen Abbesteller. Er heißt Friedrich Berschkeit, ist Bundes-

tagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und wohnt in Eschweiler. Hier seine Begründung:

„Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren. Ich bestelle den ‚Vorwärts‘ mit sofortiger Wirkung ab. Schwule, Grüne, Leute wie Hansen und andere finden bei Ihnen breiten Raum.

Zigtausende von Mitgliedern, die durch ihre intensive und oft mühselige Arbeit erst die Regierungsmöglichkeit für die SPD schaffen und vor allem die Regierungsfähigkeit erhalten, finden in Ihrer Zeitung kaum Raum, so daß ich auf die Lektüre dieser Zeitung sehr gut verzichten kann, ohne Gefahr zu laufen, etwas an Bildung zu verlieren.

Hochachtungsvoll ...“

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen SPD-Verlage

Die Staatsanwaltschaft in Bonn hat gegen den Neuen Vorwärts-Verlag, den SPD-Pressedienst und gegen zwei gemeinnützige Vereine wegen des Verdachts von Vergehen gegen das Steuerstrafgesetz Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Neue Vorwärts-Verlag, in dem die SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ erscheint, und der SPD-Pressedienst hätten nach den bisherigen Erkenntnissen finanzielle Unterstützung aus Kreisen der Wirtschaft erhalten, teilte die Staatsanwaltschaft auf Anfrage mit. In diesem Zusammenhang sollen Verantwortliche beider Firmen — zu ihnen zählt auch der frühere SPD-Schatzmeister Nau — Rechnungen über nicht erschienene Anzeigen oder nicht geliefertes Druckwerk ausgestellt haben. Die Unternehmen, auf die die Rechnungen ausgestellt gewesen seien, sollen den Rechnungsbetrag bezahlt und gewinn- und steuermindernd verbucht haben.

■ ABRÜSTUNG

Union unterstützt deutsche Initiativen in Genf

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den realistischen Entwurf für ein umfassendes Abrüstungsprogramm, den die Delegation der Bundesrepublik Deutschland — zusammen mit Australien, Belgien, Japan und Großbritannien — dem Genfer Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen vorlegt.

Die Opposition, die von Außenminister Genscher vorab unterrichtet wurde, wird diese Initiative im Parlament und in der Öffentlichkeit unterstützen; denn sie entspricht langjährigen Forderungen der CDU/CSU-Fraktion im Abrüstungsunterausschuß des Bundestages und ist mit unseren NATO-Verbündeten und EG-Partnern abgestimmt, erklärte Alois Mertes, Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

Die CDU/CSU trägt in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle seit je aktiv und ausnahmslos die deutsche Verhandlungsposition in allen internationalen Gremien mit, in denen unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland über Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung verhandelt wird (Genf, New York, Wien, Madrid, Brüssel). Dies gilt auch für die beiden gleichrangigen Teile des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979, den die Opposition nach Buchstaben und Geist bejaht, aber auch gegen Fehlinterpretationen verteidigt. Dieser breite Konsens kommt der deutschen Außen- und Abrüstungspolitik zugute.

Die SPD handelt staatspolitisch unverantwortlich, wenn sie versucht, in dieser wichtigen Frage mit wahrheitswidriger Polemik gegen die Union von ihren eigenen Schwierigkeiten abzulenken. Wir nehmen aufmerksam zur Kenntnis, daß sich Außenminister Genscher an dieser perfiden und wahrheitswidrigen Kampagne nicht beteiligt, sondern hier und da die konstruktive Haltung der Opposition würdigt. Allerdings erwarten wir angesichts der destruktiven Äußerungen seiner Koalitionspartner Wehner, Brandt und Wischniewski, daß der Außenminister im Interesse des inneren und äußeren Friedens die Infamien der SPD jetzt vernehmbarer und deutlicher zurückweist. Staatsinteresse geht vor Koalitionsinteresse.

Die CDU/CSU begrüßt an der Genfer Initiative vor allem drei Faktoren:

1. Der deutsche Entwurf entwickelt eine globale und realistische Abrüstungsstrategie, die nicht nur den Ost-West-Rahmen, sondern auch die Staaten der Dritten Welt umfaßt, die ihrerseits im letzten Jahr selbst mehr für Aufrüstung ausgegeben haben, als sie an Entwicklungshilfe empfangen. Der Realismus des Entwurfes besteht vor allem darin, daß er in allen Phasen dem Grundsatz „Abrüstung mit Sicherheit“ gerecht wird. Dies entspricht der kontinuierlichen Politik der CDU/CSU. Die Furcht vor einer Minderung der eigenen Sicherheit ist nämlich der stärkste

Hemmschuh der meisten Abrüstungsgespräche.

2. Der Entwurf konzentriert sich nicht nur auf die Kernwaffen, die heute im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Vielmehr fordert er zu Recht auch die überprüfbare Abrüstung anderer Massenvernichtungswaffen, vor allem der chemischen und radiologischen Waffen. Die Bundesregierung entspricht damit einer wiederholten Abrüstungsinitiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zugunsten einer totalen und kontrollierten Beseitigung aller chemischen Waffen, die heute vor allem in Europa (Sowjetunion: USA = 10:1) lagern. Die CDU/CSU fordert außerdem die baldige Entsendung des UNO-Sonderausschusses zur Überprüfung der Vorwürfe über den Einsatz sowjetischer C-Waffen in Afghanistan, Laos und Kambodscha. Weiterhin fordert sie die Bundesregierung auf, sofort nach der Sommerpause das längst unterzeichnete B-Waffen-Verbot-Abkommen dem Bundestag endlich zur Ratifizierung zuzuleiten.

3. Zu Recht mißt der deutsche Entwurf der Transparenz der Potentiale und Militärhaushalte — das heißt der ehrlichen Offenlegung der Waffenbestände und Rüstungsplanungen sowie der Überprüfbarkeit getroffener Abmachungen — eine ausschlaggebende Bedeutung bei. Sei langem sagt die CDU/CSU: Die Bereitschaft zu Offenlegung und Kontrolle ist das A und O einer Abrüstungspolitik, die sich nicht in Worten erschöpft oder dem Gegner eine Minderung seiner Sicherheit zumutet. Vielmehr muß endlich in Tat und Wahrheit verwirklicht werden, was jeder vernünftige und verantwortliche Mensch fordert: Abrüstung der Militärpotentiale auf ein niedrigeres Niveau bei unverminderter Sicherheit für alle.

■ ASYLANTEN

Hasselmann: Grundgesetz überdenken

Der stellvertretende niedersächsische Ministerpräsident Wilfried Hasselmann (CDU) hat in Hannover zur Lösung des Asylantenproblems in der Bundesrepublik die Änderung des Grundgesetzes verlangt.

Es sei an der Zeit, den Artikel 16 des Grundgesetzes „in seiner jetzigen Fassung zu überdenken“, sagte der Minister, „sonst besteht die Gefahr, daß die Flut der Wirtschaftsflüchtlinge die vorhandene Aufnahmekapazität erschöpft und dann für wirkliche politische Flüchtlinge kein gesicherter Platz mehr bleibt“.

Ein eventueller Schritt zur Änderung der Verfassung — sie bedarf einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag — darf nach Hasselmanns Meinung „nicht zum Gegenstand eines Parteienstreites gemacht werden“. „Wir sind kein Einwanderungsland und können es uns nicht leisten, unter dem unaufhaltsamen Strom der Wirtschaftsflüchtlinge, die bei uns soziale Leistungen in Anspruch nehmen, langsam zum Auffanglager für die Armen aus aller Welt zu werden“, betonte Hasselmann. Nach Angaben seines Ministeriums sind 1977 rund 16 500 und 1980 bereits 107 800 Asylbewerber in die Bundesrepublik gekommen.

Der Städtetag des Landes Nordrhein-Westfalen hat darauf hingewiesen, daß die Städte an Rhein und Ruhr kaum noch Geld hätten, um den Asylanten Sozialhilfe zu zahlen. Die Haushaltsmittel des Landes seien erschöpft.

■ VERKEHRSSÜNDER

Reform der Flensburger Kartei ist längst überfällig

In der Flensburger Verkehrssünderkartei sollten künftig nur noch solche Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung eingetragen werden, durch die andere Verkehrsteilnehmer unmittelbar gefährdet worden sind oder in hohem Maße hätten gefährdet werden können.

Dadurch würde man zum einen dem verkehrserzieherischen Sinn des Registers gerecht, zum anderen würde die allzuhäufige Eintragung von Bagatelldelikten vermieden, erklärte MdB Fischer.

In seiner jetzigen Form ist das Flensburger Verkehrszentralregister mehr als ineffektiv. Die Tatsache, daß bereits jeder vierte bundesdeutsche Autofahrer in der Mehrzahl der Fälle nur wegen einer Bagatelle registriert ist, zeigt deutlich, daß das Register in dieser Form seinen Sinn und auch die rechtliche Rechtfertigung verloren hat. Nach Angaben des Verkehrsministeriums sind derzeit fünf Millionen Kraftfahrer beim Kraftfahrtbundesamt erfaßt, aber nur in 3% der Fälle werden Fahrerlaubnisse auf der Basis des sog. Mehrfachtäterpunktsystems aus Flensburg eingezogen. 95% der Führerscheine werden dagegen von Gerichten einbehalten, und nur 1,3% der in Flensburg eingetragenen Autofahrer hatten 1979 mit zwischen 14 und 17 Punkten jenen kritischen Bereich erreicht, in dem der baldige Verlust der Fahrerlaubnis droht.

1,8% hatten 18 Punkte und mehr auf ihrem Konto.

Aufwand und Ertrag stehen hier schon seit langem nicht mehr in einem sinnvollen Verhältnis.

Entschieden abzulehnen ist dabei der Reformvorschlag des Bundesverkehrsministeriums, der vorsieht, künftig nur noch Gerichtsentscheidungen in das Flensburger Register einzutragen. Das hieße im Klartext,

— daß ein Bußgeldbescheid erst dann zu einer Eintragung führen würde, wenn der Betroffene Einspruch eingelegt hat und der Bußgeldbescheid daraufhin vom zuständigen Gericht bestätigt worden ist.

Viele Autofahrer würden bei einer solchen Regelung künftig wahrscheinlich eher zahlen, als sich durch Rechtsmittel zu wehren, auch wenn sie sich im Recht glauben — nur um einer Eintragung in Flensburg zu entgehen.

Auf der anderen Seite steht jedoch die Notwendigkeit der Flensburger Einrichtung außer Frage, um gefährliche Mehrfachtäter vom Straßenverkehr fernhalten zu können. Aus Gründen der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit erscheint jedoch nur die Lösung sinnvoll, bei der die Eintragungen auf Gefährdungsdelikte beschränkt werden. Wahrscheinlich würden dadurch künftig rund 60 Prozent Verkehrssünder weniger in die Flensburger Kartei aufgenommen.

■ MITTELSTANDS- POLITIK

Will die Regierung auf den Rat der Wirtschaft verzichten?

Mit Verwunderung stellt die CDU/CSU-Fraktion fest, daß die Bundesregierung keine Bemühungen unternimmt, die längst fällige Neuberufung des Beirates beim Institut für Mittelstandsforschung an den Universitäten Köln und Bonn in die Wege zu leiten.

Die Bundesregierung hat zu Beginn des Jahres 1981 den bisherigen Beiratsmitgliedern lediglich mitgeteilt, daß ihre Ämter durch Zeitablauf als erloschen angesehen werden.

In Übereinstimmung mit den Fakultäten der Universitäten Köln und Bonn, die die beiden Institutsdirektoren stellen, ist der Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion der Auffassung, daß das Institut für Mittelstandsforschung nicht auf seinen Beirat verzichten sollte. Dieser Beirat hat lt. Satzung des Instituts die Aufgabe, „Anregungen für die Forschungsarbeit“ zu geben und das „Zusammenwirken des Instituts mit anderen wissenschaftlichen Forschungsstätten und der Wirtschaft zu fördern“.

Es wäre für die Fortführung einer praxisorientierten Mittelstandsforschung bedauerlich, wenn die Bundesregierung auf Rat aus der Praxis und Zusammen-

arbeit mit der Wirtschaft verzichten würde. Dadurch würden die Tendenzen verstärkt, die Aufgaben des Instituts für Mittelstandsforschung an den Universitäten Köln und Bonn lediglich in der sog. Ressortforschung zu sehen, d. h. in der Erforschung derjenigen Themenbereiche, die das Bundesministerium für Wirtschaft, für vordringlich hält. Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie durch eine schnelle Berufung des Beirates derartigen Befürchtungen zerstreuen würde.

Um der Regierung Gelegenheit zu Präzisierung ihrer Auffassung zu geben, hat der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand und mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Hansheinz Hauser (Krefeld), eine aus zwei Punkten bestehende Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der gefragt wird ob es zutreffend sei, daß das Institut für Mittelstandsforschung an den Universitäten Köln und Bonn derzeit deshalb über keinen Beirat verfüge, weil die Bundesminister für Wirtschaft, Finanzen und für Arbeit und Soziales als Mitglieder des Kuratoriums des Institutes es unterlassen hätten, gemäß § 10 der Satzung der Stiftung „Institut für Mittelstandsforschung“ im Benehmen mit dem Vorstand des Institutes einen Beirat zu berufen bzw. den Beirat wieder zu berufen.

Es wird weiter gefragt ob aus dieser passiven Haltung der im Kuratorium des Institutes vertretenen Bundesminister zu schließen sei, daß es der Bundesregierung nicht mehr daran gelegen sei, durch den Beirat, entsprechend der Satzung, „Anregungen für die Forschungsarbeit“ zu erhalten.

■ EUROPA

Nationale Steuereinnahmen werden nicht beansprucht

Seit dem 1. Januar 1980 genießt die Europäische Gemeinschaft (EG) gegenüber den Mitgliedstaaten eine vollständige Finanzautonomie, da sie über „eigene“ Mittel verfügt. Diese Eigenmittel sind Geldbeträge, die der Gemeinschaft unmittelbar und ohne Genehmigung durch die Mitgliedstaaten nach Maßgabe der von der Haushaltsbehörde der Gemeinschaft veranschlagten Ausgaben zugewiesen werden.

Ursprünglich sollte diese Finanzautonomie schon am 1. Januar 1975 aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates vom 21. April 1970 in Kraft treten. Doch die Ausarbeitung einer gemeinsamen Mehrwertsteuerberechnungsgrundlage führte dann zu einer Verzögerung von fünf Jahren, stellt MdB/MdEP Jochen van Aerssen fest.

Die der Europäischen Gemeinschaft zugewiesenen Eigenmittel werden also nicht von den Steuereinnahmen der nationalen Haushalte abgezogen, so daß sie keinen Einfluß auf deren Ausgewogenheit haben. Sie stellen im Gegenteil eine gesonderte und völlig selbständige Inanspruchnahme der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten dar, entsprechend den anderen Einnahmen der Behörden zugunsten der Staaten, der Regionen und sonstigen Gebietskörperschaften.

Bei diesen Eigenmitteln handelt es sich im wesentlichen um Zölle, Abschöpfun-

gen und verschiedene Agrarabgaben sowie einen Anteil der Gemeinschaft an der Mehrwertsteuer, der jedes Jahr von der Haushaltsbehörde der Europäischen Gemeinschaft festgesetzt wird. Unter Haushaltsbehörde versteht man in der Europäischen Gemeinschaft die nach den Römischen Verträgen zuständigen Organe zur Feststellung des Haushalts, also Ministerrat, Kommission und Europäisches Parlament. Die Einnahmen aus Zöllen, Abschöpfungen und den verschiedenen Agrarabgaben werden also von den nationalen Erhebungsbehörden direkt und vollständig an die Gemeinschaft überwiesen.

Der Anteil der Gemeinschaft an der Mehrwertsteuer wird von den nationalen Dienststellen ausschließlich für die Gemeinschaft erhoben, völlig unabhängig von der nationalen Mehrwertsteuer. Damit spielen die Mitgliedstaaten nur eine technische Zwischenrolle, und zwar zwischen dem einzelnen Steuerpflichtigen, der die Zölle beziehungsweise die Gemeinschaftsmehrwertsteuer bezahlt, und der Gemeinschaft, die Empfänger und Nutznießer dieser Ausgaben ist.

Es entspricht also nicht der Wirklichkeit, wenn von „Beiträgen“ der Mitgliedstaaten zum Haushalt der Gemeinschaft die Rede ist. Es wäre schlicht rechtswidrig, die Mittel der Gemeinschaft unter den Steuereinnahmen der nationalen Haushalte auszuweisen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 6398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

20. 8. **LV Braunschweig**
Landesausschuß, Braunschweig
21. 8. **LV Hessen**
Landesvorstand, Fernwald
22. 8. **LV Schleswig-Holstein**
Frauenvereinigung, Delegiertentag,
Bad Segeberg
24. 8. **LV Saar**
Landesausschuß, Saarbrücken
24. 8. **CDU Niedersachsen**
Landesvorstand, Hannover
28. 8. **JU Baden-Württemberg**
Landesausschuß
28. 8. **LV Braunschweig**
Landesparteitag, Helmstedt
30. 8. **JU Schleswig-Holstein**
Gesamtschulkongreß, Neumünster
30. 8. **LV Rheinland-Pfalz**
Mittelstandsvereinigung,
Landestag, Mainz
31. 8. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
3. 9. **KPV — Bund**
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Hannover
- 4./5. 9. **KPV — Bund**
Kommunalkongreß mit Bundes-
vertreterversammlung, Hannover
- 4./5. 9. **CDA — Bund**
Bundesvorstand, Königswinter
- 4./5. 9. **CDA — Bund**
Geschäftsführender
Bundesvorstand, Königswinter
5. 9. **LV Hessen**
Frauenvereinigung, Hauptausschuß
- 5./6. 9. **JU Schleswig-Holstein**
Klausurtagung Landesvorstand
und Landesausschuß, Neumünster
7. 9. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
9. 9. **LV Rheinland-Pfalz**
Mittelstandsvereinigung,
Landestag, Mainz
10. 9. **CDU — Bund**
Konstituierende Sitzung des BFA
Agrarpolitik, Bonn
11. 9. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
11. 9. **LV Westfalen-Lippe**
Mittelstandsvereinigung, Landes-
vorstand und Landesversammlung
11. 9. **CDU — Bund**
Hearing „Zukunftschancen der
jungen Generation“, Bonn
- 11./12. 9. **LV Baden-Württemberg**
CDA, Landestagung, Kehl
- 11./12. 9. **CDU Niedersachsen**
Mittelstandsvereinigung,
Landesdelegiertentag, Goslar
12. 9. **LV Westfalen-Lippe**
CDA, Landestagung, Werl
12. 9. **LV Schleswig-Holstein**
Kongreß „Zukunftschancen der
Jugend“, Meldorf

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demo-
kratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich
Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28)
54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße
173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 0
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung:
Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheck-
konto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 37C 10C 50. Abonnementspreis
jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf

UID